

Sitzung vom 16. Juni 2021

647. Anfrage (Überfüllte Jugendpsychiatrien)

Kantonsrat Hans Egli, Steinmaur, und Kantonsrätin Maria Rita Marty, Volketswil, haben am 29. März 2021 folgende Anfrage eingereicht:

Seit einem Jahr leben wir aufgrund von Corona in einem Ausnahmezustand, der insbesondere den schwächsten Gliedern der Gesellschaft Schaden zufügt. Die Corona-Pandemie schlägt aufs Gemüt, das bekommen auch die Kinder- und Jugendpsychiatrien deutlich zu spüren. Sie haben teilweise massiv höhere Belegung auf den Notfallstationen und die Notfälle lassen sich auch in der Psychiatrie nicht aufschieben, weil sonst für die Betroffenen ernsthafte Gefahr besteht und sie sich in der Not das Leben nehmen.

Die Corona-Pandemie setzt die gesamte Bevölkerung unter Druck. Kinder sind jedoch darum besonders verwundbar, weil sie auf das Schutznetz ihrer Bezugspersonen angewiesen sind.

Probleme die bereits belastend sind, werden noch belastender und können Familien auseinanderreißen. Für Familien, die ohnehin schon mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ist ein Jobverlust oder eine schwierige familiäre Situationen als Folge der Pandemie, der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Anzeichen dafür, dass Kinder die Narben der Pandemie noch lange tragen werden, sind unübersehbar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stuft der Regierungsrat die Aussage der Psychiatrischen Universitätsklinik ein, dass 30% mehr Patienten in den Zürcher Psychiatrien sind?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, um die lange Wartelisten im ambulanten sowie im stationären Bereich zu reduzieren?
3. Wie stuft der Regierungsrat die psychologischen Folgen der Corona-Massnahmen langfristig ein?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Hans Egli, Steinmaur, und Maria Rita Marty, Volketswil, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1–3:

Zur Beantwortung dieser Fragen verweisen wir auf die Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 67/2021 betreffend Psychischen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund der Corona-Pandemie entgegenwirken sowie auf den Beschluss des Regierungsrates vom 2. Juni 2021 betreffend Versorgungssituation Kinder- und Jugendpsychiatrie, Massnahmenpaket 2021–2022 (RRB Nr. 598/2021).

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli